



Pressemitteilung

30. Juni 2014

Verbändeübergreifende Fachtagung zur Reform des PsychThG **Praktikable Lösungen statt komplexer Reform-Modelle**

Im Rahmen der Fachtagung „Reform der Psychotherapieausbildung: Wege – Risiken – Nebenwirkungen“ an der Humboldt Universität zu Berlin diskutierten am 25. Juni 2014 die Vertreter zahlreicher Berufs- und Fachverbände und ca. 150 fachlich und berufspolitisch interessierte Teilnehmer über eine mögliche inhaltliche Ausgestaltung der anstehenden Reform des Psychotherapeutengesetzes (PsychThG).

Dabei zeichneten sich klare Signale für eine verantwortliche und konsentierbare Reformpolitik ab. Zum einen forderten die Verbände eine Bearbeitung der bestehenden konkreten Probleme (Parallelisierung der Zugangsstudiengänge, Finanzierung der P.T., Verfahrensvielfalt). Anstelle komplexer Reform-Modelle, die entgegen den Empfehlungen des Forschungsgutachtens von einer universitär strukturierten Direktausbildung mit Weiterbildung analog zu der ärztlichen Weiterbildung diskutiert werden, sollten zunächst konkrete Lösungen benannt werden, aus denen sich klare Empfehlungen an die Politik ergeben. So zeigten sich einige ReferentInnen skeptisch, ob große Reformvorhaben, insbesondere wegen ihrer finanziellen Auswirkungen, politisch durchsetzbar sein werden. Dem entgegen steht, dass angesichts der drängenden aktuellen Probleme keine weiteren Verzögerungen mehr hinnehmbar sind.

Neben der Regelung der Zugangskriterien für PP und KJP auf Master-Niveau (EQR 7-Level) sowie der Regelung der Inhalte und der Vergütung der Praktischen Tätigkeit seien dies vor allem veränderte Anforderungen an die psychosoziale Versorgung in den Curricula der Psychotherapieausbildung, die eine angemessene Berücksichtigung des stationären Bereichs sowie die Behandlungen komplexer Störungsbilder betreffen. Daneben müsse im Rahmen der Reform der Erhalt der Ausbildungsambulanzen und des breiten Zugangs verschiedener Grundwissenschaften zur psychotherapeutischen Ausbildung (Psychologen, Pädagogen, Sozialpädagogen) sichergestellt werden. Vertreter der PiA forderten in mehreren Beiträgen, die Ausbildungsreform nicht auf dem Rücken künftiger Ausbildungsteilnehmer auszutragen und statt einer „Revolution“ zeitnah eine Reform der erfolgreichen postgradualen Ausbildung anzugehen.

...

Fortsetzung auf nächster Seite



Dabei bestand Einigkeit im Erhalt des Verfahrensbezugs der Ausbildung, der an den einseitig verhaltenstherapeutisch und forschungsorientierten Hochschulen nicht gewährt sei. Dieser dürfe nicht zugunsten eines zu breiten Berufsbilds und einer Veränderung der Legaldefinition der Psychotherapie aufgegeben werden.

Gleichzeitig bestanden auch zwischen den Referenten Differenzen bezüglich der Möglichkeiten, innerhalb einer postgradualen Ausbildung alle bestehenden Problempunkte zu klären, insbesondere bezüglich der einheitlichen Approbation für PP und KJP und der Ausbildungsmöglichkeiten in sozialrechtlich nicht anerkannten wissenschaftlichen Verfahren. Daher wurde die zweistufige sog. „Duale Direktausbildung“ durchaus als Möglichkeit gesehen, über Kontrahierungszwänge mit einzelnen Kliniken diese unbefriedigende Situation zu bewältigen.

Die Teilnehmer äußerten sich sehr skeptisch gegenüber der Einrichtung des zweiten Qualifizierungsabschnitts über eine Weiterbildung: die ungeklärte und als nicht realisierbar angesehene Bezahlung der Ausbildungsteilnehmer im Angestelltenverhältnis mache eine Befürwortung der approbationsbegründenden Studiengänge derzeit unmöglich.

Im Hinblick auf den Meinungsbildungsprozess innerhalb der Profession forderten die Verbände ein größtmögliches Maß an Transparenz bei der anstehenden Ausformulierung von Mindestanforderungen an eine Reform des PsychThG in Vorbereitung auf den nächsten DPT. Eingang sollten nur solche Positionen finden, auf die sich alle maßgeblichen Akteure im Austausch vernünftiger Argumente einigen könnten. Insbesondere wurde auch die Beteiligung der PsychotherapeutInnen in Ausbildung gefordert.